

**EP-S-01** Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.08.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

- 1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
- 2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
- 3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
- 4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des
- 5 Nahen Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
- 6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
- 7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-
- 8 Partner feindlich gegenüberstehen.
- 9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des
- 10 Zweiten Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
- 11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem
- 12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet
- 13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
- 14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so
- 15 nicht mehr.
- 16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich
- 17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
- 18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
- 19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das
- 20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr
- 21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht
- 22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten
- 23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die
- 24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte

Regierungsführung  
25 verschärfen.

26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als  
27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen  
28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der  
Außenpolitik  
29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.

30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich Europa  
31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann  
wird  
32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke  
entlang von  
33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die  
zentrale  
34 Aufgabe der nächsten Jahre.

#### 35 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die  
nur  
38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und  
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in  
vielen  
41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen  
wird dort  
42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.  
43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen  
Staaten  
44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern  
auch  
45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen  
46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und  
47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der  
Einschränkung  
49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat  
und  
50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU  
nur  
51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU  
52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen  
53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an  
54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement nicht  
55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von  
56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt  
gemacht  
57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und

58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin  
den  
59 Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen zur Situation von  
Menschenrechtsverteidigern  
60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und  
außerhalb  
61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für  
Menschenrechte und  
62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und  
Weise, wie  
64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen  
65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer  
Regime. Damit  
66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und  
ökologischer  
67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür  
haftbar  
69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten  
an  
70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter  
machen, so  
71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU  
72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und  
Ausbeutung  
73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen  
eine  
74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und  
75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen  
Unternehmen,
- 78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und  
79 Menschenrechtsverteidiger\*innen.

## 80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr  
denn  
82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur  
83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin  
84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die  
multilaterale  
85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.  
86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale  
Aufgabe  
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und

südlichen  
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn  
je auf  
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU muss  
ihr  
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für  
Frieden und  
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die  
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche  
Entwicklung im  
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

94 Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen

95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der  
Zusammenarbeit.  
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die  
Europäische  
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle  
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem  
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der  
Vereinten  
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des  
Pariser  
101 Klimaabkommens.

102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der  
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das  
humanitäre  
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und  
bessere  
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass

106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen  
Menschenrechtskonvention  
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen  
Gerichtshof für  
108 Menschenrechte verantworten müssen.

109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen  
Auswirkungen  
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines  
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei  
zentralen  
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal  
der  
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von  
Kriegsverbrechen  
114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger  
werden.  
115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen  
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden – und  
sich

117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz  
für die  
118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine  
internationale  
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des  
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit  
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle  
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch  
friedens erzwingende Maßnahmen  
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und  
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der  
OSZE im  
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken -  
materiell  
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt  
eine  
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der  
OSZE ab  
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit,  
Minderheitenrechte,  
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von  
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung  
wollen  
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale  
133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)  
und des  
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-  
Mitgliedern, die  
135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu  
136 diskreditieren, zurück.

137 Konsequenz für EU-Recht beim Brexit

138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame  
Haus der  
139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten  
Stimmungen  
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen,  
damit ein  
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht  
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch  
diejenigen  
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger\*innen über  
das  
144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil  
die  
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-  
Kommission als  
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht  
geben.

147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,  
 148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen  
 uneingeschränkten Zugang  
 149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts  
 nicht  
 150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf  
 der  
 151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss  
 gewährleisten,  
 152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die  
 153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens  
 154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir  
 nach  
 155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat)  
 stärken.

156 Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,  
 158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des  
 Westbalkans  
 159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das  
 160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien  
 bereits  
 161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von  
 162 Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir  
 163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht  
 und beiden  
 164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen  
 präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das  
 Beitrittsversprechen  
 166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen  
 Ländern  
 167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und  
 tiefgreifende  
 168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur\*innen des Westbalkans  
 169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den  
 sensiblen  
 170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer  
 weiterhin  
 171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr  
 172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt  
 einsetzen. Klar  
 173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung  
 der  
 174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-  
 Beitritt  
 175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt  
 geben:  
 176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit,

Bekämpfung von  
177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und  
Beilegung  
178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese  
179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht  
werden  
181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU  
nach  
182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 Transatlantische Partnerschaft erhalten

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident  
185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim  
186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der  
187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt  
auf  
188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-  
189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann  
190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt  
192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger  
Präsident.

193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit  
progressiven  
194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik  
verfolgen,  
195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel  
196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie  
zivilgesellschaftlichen  
197 Akteur\*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie  
198 Digitalisierung, setzen.

199 Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse  
Europas  
201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche  
Partnerschaft  
202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der  
Ukraine  
203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche  
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische  
Grundwerte  
205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,  
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte  
müssen in  
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung  
der  
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu

209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit  
210 der EU  
211 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim,  
212 dem  
213 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen  
214 in  
215 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen  
216 Spannungen  
217 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische  
218 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten  
219 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim  
220 ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete  
221 Südossetien und  
222 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen  
223 Gebieten. Die  
224 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre  
225 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts  
226 im  
227 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und  
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der  
224 Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker  
225 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die gezielten

226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und  
227 Menschenrechte von  
228 Aktivist\*innen, Journalist\*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit  
229 Sorge  
230 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre  
231 Mitgliedstaaten zu  
232 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen  
233 Europa. Das  
234 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die  
235 erhebliche  
236 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten  
237 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort  
238 muss in  
239 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit  
240 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung  
241 lassen  
242 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

236 Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten

237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das  
238 Leben  
239 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas  
240 Haustür  
241 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der Krieg



240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen  
hochrangige  
241 syrische und russische Militärangehörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU  
eingefroren  
242 werden.

243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident  
Trump könnte  
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein  
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der  
Europäischen  
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die  
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-  
Abkommen am  
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen.  
Zusätzlich  
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer  
Friedensordnung  
250 bemühen.

251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der  
europäischen  
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das  
Existenzrecht  
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger  
sind  
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung  
ein, um  
255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner  
sowie  
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina  
auf der  
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie  
Lösung geben.

258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die  
zunehmende  
259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen  
260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen,  
selbst  
261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir  
einen  
262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen  
263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen  
eine  
264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für  
eine  
265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit  
267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien  
angeführte  
268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000  
Menschen

269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen,  
 darunter  
 270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles  
 dafür  
 271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der  
 Rebellen zu  
 272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die  
 Kampfhandlungen  
 273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und  
 274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an  
 Saudi-  
 275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg  
 auch noch  
 276 anheizt.

277 Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren.  
 Aber  
 279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen  
 Regierung  
 280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz  
 schwerer  
 281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie,  
 Rechtsstaatlichkeit  
 282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene  
 283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf  
 284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die  
 285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie  
 die  
 286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es  
 braucht  
 287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr  
 denn je muss  
 288 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische  
 Ebene  
 289 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt  
 werden,  
 290 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
 vollzieht. Alle  
 291 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die  
 Beteiligung  
 292 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung  
 nach  
 294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-  
 Staaten  
 295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-  
 Mitgliedstaaten,  
 297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat

zu  
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und  
untergräbt  
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-Deal  
wollen  
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die  
Wiederaufnahme  
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein.  
Insbesondere mit  
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:

304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für  
305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein  
formaler  
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der  
Türkei  
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es  
deshalb,  
308 die noch bestehenden EU-Beitrittshilfen ausschließlich an prodemokratische  
Organisationen  
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als  
bislang.

310 Zukunftspakt mit Afrika

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere  
Bedeutung.  
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem  
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die  
gegenwärtige Agrar-,  
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft  
zuwider.  
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die  
am  
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere  
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen  
vor Ort  
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor  
allem  
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der  
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt  
zwischen  
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und  
transparenten  
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige  
Entwicklung  
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an  
der  
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der  
Aktionsagenda von  
325 Addis Abeba orientiert.

326 Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger  
328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst

329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit

330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen

332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.

333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der

334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der

335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans einschließt.

336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit

339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen

340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur

341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft

342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen

343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,

346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,

347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur

348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,

349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

### 350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer

352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im

353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt

354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU

sind wir  
355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht  
nur  
356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu  
ergreifen  
357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-  
358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten  
lässt sich  
359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die  
Sicherheit  
360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen  
Nenner  
362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen-  
und  
363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen  
Handelns,  
364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten  
365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen  
Auswärtigen Dienst  
366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der  
Mitgliedsländer  
367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten  
für die  
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch  
für den  
370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich  
wie die  
371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit  
im  
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,  
373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel  
und das  
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und  
Rechtsstaatsmissionen  
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.  
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner  
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-  
Haushalt für  
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe  
zwischen  
380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir  
lehnen sowohl  
381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als  
auch  
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen  
fordern  
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.

386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Auch

387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in Diktaturen

388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von

389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008) rechtsverbindlich und einklagbar werden.

390

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und

392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch auf

393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszudehnen. Wir

394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie sich

395 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen. Außerdem

396

397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein

398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von

401 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und

402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür

403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker

404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die

405

406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen

407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen

408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale

409 Rüstungssektoren zu pumpen.

410

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts

412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine

413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis

100

414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir  
besser  
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die  
ständige und  
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite  
der  
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im  
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein  
419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan wird,  
darf  
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir  
eine  
421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets im  
Sinne  
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen  
Verteidigungsausgaben  
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher  
ziviler  
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von  
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein  
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur  
innerhalb der  
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile  
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung  
von  
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die  
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität  
zählen.

432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch  
durch  
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir,  
dass  
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in  
Missmanagement und  
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der  
Missionen der  
437 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt  
werden. Auch  
438 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale  
439 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen  
Parlaments aber  
440 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die  
441 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor  
Verbrechen  
443 gegen die Menschlichkeit

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des  
Völkerrechts  
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt  
werden. Wir  
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen  
ein wie  
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur  
Stabilisierung von  
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des  
Zivilen.  
450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in  
denen  
451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne  
der  
452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der  
Lage oder  
453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei  
steht an  
454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen.  
Wir  
455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen  
mögliche  
456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der  
Bundeswehr nur  
458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach  
Kapitel VI oder  
459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer  
Blockadehaltung  
460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso  
massiv  
461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist,  
muss  
462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform  
sein und im  
463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile  
464 Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen  
465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.



466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und  
Rechtsstaatsmissionen,
- 468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,
- 470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

#### 471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine  
menschenrechtsbasierte  
473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.  
474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit  
beispielsweise  
475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen  
476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen  
innerhalb  
477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale,  
478 ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie  
479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit  
und  
480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte  
481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn  
482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume  
zur  
483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn  
unsere  
484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist  
der  
485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften  
486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter  
Fluchtbewegungen, um  
488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von  
Verfolgung,  
489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die  
strukturellen  
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser  
Lebensstil, unsere  
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von  
Millionen von  
492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren  
Rüstungsgüter in  
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf,  
dass  
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern  
zerstören.  
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen

noch mit  
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es  
eine  
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,  
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die  
nachhaltigen  
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der  
Entwicklungsfinanzierung  
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind.  
Wir  
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb  
der  
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden  
können.  
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU  
tatsächlich  
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der  
Pflicht  
506 und müssen gemeinsam vorangehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir  
setzen uns  
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus Entwicklungs-  
und  
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen  
europäischer  
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler  
Konzerne, die  
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder  
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht  
erfüllt,  
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine  
Stärkung  
514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in  
diesem  
515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der  
europäischen  
516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen  
sollen  
517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und  
Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation  
für  
522 humanitäre Hilfe.

**523 4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen  
525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer  
Armut  
526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von  
527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch  
528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von  
Menschen  
529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle  
globale  
530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die  
531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und  
Umwelt  
533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die  
Europäische  
534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels  
einnimmt.

535 Global und demokratisch

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der  
Welthandelsorganisation (WTO)  
537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen  
anderen  
538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump  
oder  
539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen  
Abkommen.  
540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen  
Platz am  
541 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer  
Länder  
542 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten  
544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen  
der WTO.  
545 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem  
546 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher  
können für  
548 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen  
sinnvoll sein.  
549 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter  
550 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen  
Umwelt- und  
551 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen.  
Getrieben  
552 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik

553 vorangebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil  
554 verkehrt.  
554 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen  
555 Umweltschutz, Arbeitnehmer\*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft  
556 werden.  
556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich  
557 dagegen auf  
557 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und  
558 bei CETA  
558 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten.  
559 Das  
559 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische  
560 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum  
562 Beispiel  
562 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des  
563 Pariser  
563 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die  
564 Chance, es  
564 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national  
566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht  
567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die  
569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung  
570 gerade  
570 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind.  
571 Gleichzeitig ist  
571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext  
572 geflogen.  
572 Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und  
573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.

574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die  
575 die  
575 Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es  
576 Sonderschiedsgerichte für  
576 Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder  
577 das  
577 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für  
578 private  
578 Investoren ab.

579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein,  
580 vor  
580 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die  
581 Verletzung  
581 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch  
582 transnationale  
582 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen

583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen  
 durch  
 584 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen  
 oder geschwächt  
 585 werden.

586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung  
 587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von  
 Umwelt und  
 588 Verbraucher\*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht  
 der EU  
 589 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-  
 590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie  
 bestimmte  
 591 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden  
 dürfen.

592 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen  
 stärken und  
 593 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von  
 594 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

595 Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte

596 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte  
 597 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen  
 598 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert  
 werden,  
 599 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU  
 Handelsvergünstigungen  
 600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige  
 601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind gesetzliche

602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der  
 EU –  
 603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen  
 Unternehmen  
 604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und  
 Transparenz  
 605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und  
 Arbeiter\*innenrechte  
 606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir  
 unterstützen  
 608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von  
 Paris als  
 609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich  
 umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz  
 darf  
 611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir  
 erreichen,

612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum  
613 Beispiel  
614 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber  
615 WTO-konform  
616 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die  
616 letzte  
617 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein  
618 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen  
619 gegen  
620 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir  
621 wollen in  
622 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und  
621 Privatisierung  
622 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese  
623 rückgängig  
624 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden.  
625 Kommunen  
626 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 Faire Rohstoffpolitik

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die  
626 Produktion  
627 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und  
628 konsumiert wird  
629 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir  
630 transparente  
631 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende  
632 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union  
633 konsumiert  
634 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder  
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit  
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung  
634 darf aber  
635 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire  
636 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für  
637 Einsparung  
638 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen  
639 verbindliche  
640 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines  
641 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt.  
642 Besonders  
643 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den  
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von  
Zöllen  
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern  
durch  
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in  
der  
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen  
646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer  
eigenen  
647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen  
und zu  
648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die  
Entwicklungsländer  
649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche  
Rechte sind  
650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss  
ihnen  
651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend  
Raum für  
652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen  
und junge  
653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für  
654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet  
und es  
655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-  
Gesundheitsdienste  
656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle  
auf  
657 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte  
Industrie  
658 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 Fairer Handel auch in der Landwirtschaft

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden  
und  
661 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb  
lehnen wir  
662 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger  
mit  
663 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut  
sowie  
664 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche  
Institutionen dazu  
665 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu  
666 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer,  
der durch  
667 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren bereits  
jetzt  
668 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren  
Patenten

669 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die  
 670 Artenvielfalt  
 671 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in  
 672 Entwicklungsländern  
 673 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber  
 674 hinaus wollen  
 675 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und  
 676 die  
 677 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger  
 678 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft  
 679 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in  
 678 allen  
 679 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

#### 681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,  
 683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument\*innen, verletzt Menschenrechte und  
 684 trägt zur  
 685 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche  
 686 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion  
 687 Verantwortung für die  
 688 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische  
 689 Union sich  
 690 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet  
 691 wird.  
 692 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern  
 693 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union  
 694 sollte  
 695 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen,  
 696 die  
 697 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt.  
 698 Wir  
 699 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von  
 700 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.